



Der Standard

UN-Bericht: Voraussetzungen für palästinensischen Staat erfüllt

Sonderbeauftragter Serry urgiert rasche Verhandlungen über Zwei-Staaten-Lösung

New York/Jerusalem - Nach Einschätzung der Vereinten Nationen sind die Voraussetzungen für einen souveränen palästinensischen Staat erfüllt. Das geht aus einem am Dienstag in Jerusalem veröffentlichten Bericht des UNO-Sonderbeauftragten Robert Serry hervor. Die Vereinten Nationen untersuchten dabei sechs Schlüsselbereiche: Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Infrastruktur, Erwerbsmöglichkeiten und Gesundheitswesen.

In den vergangenen Monaten haben bereits sämtliche Länder Lateinamerikas einen palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967 (als Israel im Sechstagekrieg das Westjordanland mit Ostjerusalem und den Gazastreifen besetzte) anerkannt. Der palästinensische Premier Salam Fayyad hatte die Staatsausrufung für 2011 auch ohne vorherigen Friedensvertrag mit Israel in Aussicht gestellt. Der israelische Außenminister Avigdor Lieberman hatte daraufhin gedroht, dass Israel in einem solchen Fall Teile des Westjordanlands annektieren und bestehende Verträge "annullieren" könnte. Der etwa sechzig Prozent der Fläche des Westjordanlandes umfassende sogenannte "Sektor C" steht vollständig unter israelischer Militärkontrolle.

Der 1993 in Washington vom später ermordeten israelischen Premier Yitzhak Rabin und dem inzwischen verstorbenen palästinensischen Präsidenten Yasser Arafat unterschriebene Grundlagenvertrag hatte eine definitive Regelung ("Endstatus") bis 1999 vorgesehen. Serry erinnerte daran, dass Israel und die palästinensische Führung eigentlich bis September eine Verhandlungslösung finden wollten. Sollte dieses Ziel noch erreicht werden, müssten beide Seiten umgehend ihre Verhandlungen für eine Zwei-Staaten-Lösung fortsetzen. Der Friedensprozess ist durch die Weigerung Israels blockiert, auf die Forderung der internationalen Gemeinschaft nach einem Siedlungsstopp in den besetzten palästinensischen Gebieten einzugehen,

In seinem Bericht listet Serry auch alle Maßnahmen Israels auf, die eine bessere Bewegungsfreiheit der Palästinenser im Westjordanland ermöglicht haben. Doch sollte Israel die Besatzung weiter lockern, empfahl der UNO-Beauftragte.

In der vergangenen Woche hatte die Weltbank erklärt, dass die Administration von Präsident Mahmoud Abbas für die Gründung eines eigenen Staates in naher Zukunft gut gerüstet sei. Sie habe ihre Finanzverwaltung verbessert, das Gesundheits- und das Bildungssystem seien auf dem Niveau der Staaten der Region. Die Wachstumsaussichten für die Wirtschaft im Westjordanland und im Gazastreifen schätzt die Weltbank dagegen nur "mittelmäßig" ein,



solange Israel die "Beschränkungen beim Zugang zu natürlichen Ressourcen und zu Märkten" nicht aufhebe.

Die palästinensische Führung will ihr Gesuch um Staatsanerkennung im Fall eines Vetos der USA im Weltsicherheitsrat mit Unterstützung der Arabischen Liga vor die Generalversammlung der Vereinten Nationen bringen. Nach israelischen Medienberichten will Regierungschef Benjamin Netanyahu im Mai in einer Rede vor dem US-Kongress ein "Interimsabkommen" mit einem palästinensischen Staat in "vorläufigen" Grenzen vorschlagen, welche erst in späteren Verhandlungen fixiert werden sollen. Abbas hat dies bereits kategorisch abgelehnt. (APA)

(13.04.11)



Junge Welt

»Ich lasse mir von niemandem erklären, wer ein Kriegsverbrecher ist«

Erinnerungen an das Massaker in den Beiruter Flüchtlingslagern Sabra und Schatila 1982, »Terrorismus« und eine Aussageverweigerung vor Gericht. Ein Gespräch mit Robert Fisk
Interview: Stefan Kraft

Robert Fisk ist Nahostkorrespondent des britischen Independent

Als am Tahrir-Platz in Kairo die ersten Steine zwischen den Regierungsgegnern und Mubaraks Polizisten hin- und herflogen, war er als Reporter mitten im Getümmel, als die Ausländer in Scharen die libysche Hauptstadt Tripolis verließen, kam er dort gerade am Flughafen an: Der Engländer Robert Fisk, Jahrgang 1946, kennt den Nahen und Mittleren Osten so gut wie kaum ein anderer Journalist. Was seine Berichterstattung in über 35 Jahren aus dieser Region aber vor allem auszeichnet, ist eine unerschütterliche kritische Haltung zur Politik des Westens und seinen Statthaltern, der israelischen Regierung und den arabischen Potentaten. Die Einmärsche der Israelis in den Libanon hat er genauso hautnah erlebt, wie den ersten (1991) und zweiten Golfkrieg (2003) und den Angriff auf Afghanistan. Im Wiener Promedia-Verlag ist von Fisk gerade in deutscher Übersetzung das Buch »Sabra und Schatila – Ein Augenzeugenbericht« erschienen.

Robert Fisk, wie lange leben Sie eigentlich schon im Libanon?

Ich bin 1976 hierhergekommen und seit damals ist dieses Land mein Zuhause. Natürlich nur, wenn ich nicht gerade im Nahen Osten herumreise.

Aber Ihre Karriere begann als Korrespondent in Nordirland...

Ja, das war am Höhepunkt der »Troubles« im Jahr 1972. Zwei Jahre später bin ich dann nach Portugal gefahren, um über die Nelkenrevolution zu berichten und danach in den Libanon gekommen. Mein erster Besuch in diesem Land passierte aber schon vorher. Ich nahm mir eine Auszeit vom Bürgerkrieg in Nordirland und bin in den Libanon auf Urlaub gefahren. Da ist mir gleich aufgefallen, daß hier etwas nicht stimmt. In der Stadt Tripoli im Nordwesten habe ich beobachtet, wie eine Burg und ein ganzer Basar von bewaffneten Nasseristen eingenommen wurde. Die libanesische Armee gab mir zu Protokoll, daß es sich nur um ein paar gewöhnliche Diebe handeln würde, aber es war offensichtlich eine Aktion, die von einer politischen Bewegung durchgeführt wurde.

Hatten Sie das Gefühl, daß sich Mitte der 1970er Jahre eine Revolution im Libanon ihren Weg bahnen könnte?



Nein. Jeder, der diesen Eindruck hatte, lag falsch. Die Palästinenser gaben sich ihren Träumen hin, aber die meisten Menschen hier waren gegen eine Revolution.

In Portugal und Iran hatten Sie schon vor Ort revolutionäre Umstürze miterlebt, allerdings unter völlig unterschiedlichen Vorzeichen...

Es gab Ähnlichkeiten, aber keine offensichtlichen. Ende der 1980er Jahre entstand eine starke islamische Bewegung im Libanon, die eine große Kampagne gegen den Westen entfachte. Entführungen von Ausländern kamen damals häufig vor. Sie können das eine Revolte nennen, wenn Sie wollen.

Das grundlegende Problem im Nahen Osten ist in jedem Fall die herrschende Ungerechtigkeit, nicht die terroristische Gewalt. Egal, wie viele Mittel der Westen etwa in die afghanische Provinz Helmand pumpt, egal, wie viele Spitäler in Gaza gebaut werden, egal, wieviel Brot an die irakische Bevölkerung verteilt wird – die Ungerechtigkeit und der Unmut bleiben.

Kommen wir zu Ihrem berühmten Bericht über die Massaker von Sabra und Schatila: Konnten Sie etwas Derartiges vorhersehen, als die Israelis am 6. Juni 1982 in den Libanon einmarschierten?

Am ersten Tag der Invasion habe ich gesagt: Die Israelis werden diesen Krieg verlieren. Viele Menschen haben mir damals ihre Befürchtungen mitgeteilt, daß es zu einem Massaker kommen werde. Ich kann mich noch gut an ein Gespräch mit einer Palästinenserin erinnern, die meinte, die Israelis würden die christliche Phalange-Miliz dazu benutzen. Aber zu diesem Zeitpunkt habe ich ihr nicht geglaubt.

Kurz vor den Ereignissen von Sabra und Schatila bin ich nach Irland auf Urlaub gefahren. Dort habe ich von der Ermordung von Bashir Gemayel [dem Kopf der maronitischen Phalange, die mit Israel verbündet war] erfahren. So schnell ich konnte, fuhr ich nach Beirut zurück, obwohl mein Redakteur bei der Times nicht davon überzeugt war, daß etwas Schreckliches passieren könnte.

Egal, wie oft man Ihren Augenzeugenbericht aus den Lagern auch durchliest, er wirkt jedes Mal aufs neue erschütternd. Einer der Punkte, die Sie in Ihrem Text besonders betonen, ist die Tatsache, daß sie nicht verstehen konnten, warum die Kinder der Holocaust-Überlebenden, die israelischen Soldaten, dieses Massaker zuließen. Wie reagierte man in Israel auf diese Art der Kritik?

Israel hat sich durch seine eigenen Aktionen einen gewaltigen Schaden zugefügt. Sogar einige Israelis verglichen die Handlungen in Beirut mit den Ereignissen im Zweiten Weltkrieg. Ich kann mich an einen israelischen Professor erinnern, der mir sagte: »Wir können die Schande nicht von unseren Händen waschen – genauso wie die Nazis niemals die Schande



abwaschen konnten von dem, was sie in Babi Yar getan hatten. Eine halbe Million Israelis demonstrierte damals in Tel Aviv gegen den Wahnsinn, den ihre Regierung in Schatila geschehen ließ.

An jenem Morgen, als ich in das Lager kam, sah ich einen Stapel Leichen dort liegen. Später habe ich zu einem israelischen Offizier vor dem Ausgang gesagt: »Das sieht aus wie in Treblinka.« Und er antwortete: »Ach ja?« Natürlich wußte er, wovon ich sprach. Mein Kollege von der Washington Post hatte ihn am Tag zuvor bei dem Lager gesehen, als das Massaker stattfand.

Angehörige der Opfer haben im Jahr 2001 in Belgien ein, letztlich abgelehntes, Verfahren gegen den israelischen Verteidigungsminister zum Zeitpunkt des Libanon-Kriegs 1982, Ariel Scharon, angestrengt. Wollten Sie dort als Zeuge aussagen?

Einige israelische Medien haben es so berichtet, aber das entsprach nicht der Wahrheit. Aus zwei Gründen trete ich niemals als Zeuge vor einem Gericht auf. Erstens: Wir sind Journalisten, keine Detektive. Ich kann doch keine Interviews mit irgendwelchen Kriegsherren führen und ihnen anschließend sagen: »Tut mir leid, aber vielleicht werden Ihre Aussagen als Beweis gegen Sie verwendet werden.« Der zweite Grund: Ich lasse mir von niemandem erklären, wer ein Kriegsverbrecher ist und wer nicht. Ich wurde vom Tribunal in Den Haag vorgeladen, um über die Kriegsverbrechen der bosnischen Serben zu berichten, und ich habe abgelehnt. Wenn sie schon Kriegsverbrecher unter Anklage stellen, dann sollen sie auch tatsächlich alle anklagen. Aber warum hat der Internationale Gerichtshof niemals Scharon vorgeladen? Was ist mit Rifaat Al-Assad [der Bruder des früheren syrischen Präsidenten], der für Zehntausende Tote beim Aufstand in Hama in Syrien 1982 verantwortlich ist und nun ein luxuriöses Leben in London führt? Und warum haben sie niemals Ehud Olmert angeklagt, der die Zivilisten im Gazastreifen ins Visier nehmen ließ?

Ich habe dem Mann vom Haager Gericht am Telefon erklärt, er müsse sich jemand anderen suchen. Daraufhin hat er gesagt: »Wir haben die Mittel, um Sie hierher zu bringen.« Dann habe ich aufgelegt.

Als Sie den Bericht über Sabra und Schatila in Buchform veröffentlichten, gaben Sie ihm den Titel »Terroristen«. Lange vor dem 11. September haben Sie diesen Begriff in Frage gestellt, indem Sie ihn auf die jene anwandten, die zur Rechtfertigung ihrer Aktionen fortwährend von »Terroristen« sprachen.

Ich habe diesen Begriff schon Tausende Male angezweifelt. Er wird dazu benutzt, Menschen zu verdammen – nicht wegen dem, was sie tun, sondern wegen dem, was sie vertreten. Es ist eine sinnlose Phrase. Natürlich sind einige Taliban »Terroristen«, aber was ist mit den Tausenden anderen? Das ist doch lächerlich. »Terrorismus« ist ein abschätziger Begriff, der dazu dienen soll, ein ganzes Volk unter Verdacht zu stellen. Er wird benutzt wie ein



Satzzeichen. Was »Terrorist« wirklich bedeutet, ist: »Ketzer«. Um die Ketzer zu verfolgen und zu verurteilen, dazu wird dieses Wort gebraucht. Es ist ein gefährliches Wort.



Reuters

Obama will neuen Anlauf für Nahost-Frieden nehmen

Washington (Reuters) - US-Präsident Barack Obama will einen neuen Anlauf zur Wiederbelebung des Nahost-Friedensprozesses unternehmen.

Außenministerin Hillary Clinton kündigte am Dienstag in Washington an, Obama werde dazu in den kommenden Wochen detaillierte Vorstellungen erläutern. "Die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Israel und den Palästinensern sind genauso wenig dauerhaft, wie es die politischen Systeme waren, die in den vergangenen Monaten zusammengebrochen sind", sagte Clinton.

Sie und Obama seien überzeugt, dass es keinen Ersatz für eine aktive und engagierte Führungsrolle der USA in der Nahost-Politik gebe, betonte Clinton. "Wir gehen von der Prämisse aus, dass sich die amerikanischen Interessen und Kernüberzeugungen nicht verändert haben", sagte Clinton. Dazu zähle die Verpflichtung, Demokratie und Menschenrechte zu fördern und der iranischen Bedrohung zu begegnen. "Dazu gehört auch ein neuer Anlauf zu einem umfassenden arabisch-israelischen Frieden".

Im Dezember hatte die US-Regierung eine spektakuläre Kehrtwende in ihrer Nahost-Politik vollzogen und die Forderung nach einem Baustopp Israels im Westjordanland als Voraussetzung für Gespräche fallengelassen. Das Nahost-Vermittlerquartett aus USA, Vereinten Nationen, Russland und Europäischer Union strebt bis September ein Friedensabkommen zwischen Israel und den Palästinensern an.

Die Palästinensische Autonomieregierung droht damit, im September in der UN-Generalversammlung die Unterstützung für die einseitige Ausrufung eines Palästinenser-Staates zu beantragen. Zahlreiche Staaten, insbesondere Entwicklungsländer, haben die Palästinenser bereits anerkannt. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte eine einseitige Staatsgründung in der vergangenen Woche abgelehnt und unterstützt die Forderung Israels und des Nahost-Quartetts über Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern zu einer Zweistaatenlösung zu kommen.



Süddeutsche Zeitung

Nahost-Quartett sagt Treffen ab

Berlin - Pläne für eine Nahost-Initiative am Rande des Nato-Außenministertreffens Ende der Woche in Berlin sind gescheitert. Die USA sagten ein ursprünglich für Freitag geplantes Treffen des sogenannten Nahost-Quartetts ab. Es sei nicht die 'richtige Zeit', hieß es dazu aus der US-Regierung. Großbritannien, Frankreich und Deutschland hatten während des Treffens eine Initiative für eine Friedenskonferenz mit dem Ziel einer Zwei-Staaten-Lösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt forcieren wollen. Israel bekennt sich zwar ebenfalls zu einer Zwei-Staaten-Lösung, dringt aber auf die Wiederaufnahme direkter Verhandlungen mit den Palästinensern. Die palästinensische Seite droht wiederum mit der einseitigen Ausrufung eines eignen Staates, über dessen Anerkennung im September von den Vereinten Nationen entschieden werden könnte. Im Rahmen des Quartetts suchen die USA, die Europäische Union, Russland und die Vereinten Nationen seit 2002 nach Wegen zum Nahost-Frieden. dbr



Neues Deutschland

»Immer mehr Palästinenser wollen die Einheit«

Saleh Zeidan über Perspektiven, die Spaltung zwischen den Bewegungen Fatah und Hamas zu überwinden

Saleh Zeidan ist Mitglied des Politbüros der DFLP (Demokratische Front zur Befreiung Palästinas). Im Jahr 2007 war er als Sozialminister Mitglied der Palästinensischen Autonomiebehörde. Über den Gaza-Konflikt und Auswirkungen der Revolutionen in der arabischen Welt auf die Situation der Palästinenser sprach mit ihm für ND Aert van Riel.

ND: In den vergangenen Tagen eskalierte die Gewalt zwischen Palästinensern in Gaza und der israelischen Armee. Nun haben sich Israel und Hamas zu einer Waffenruhe bereiterklärt. Kann diese von Dauer sein?

Zeidan: Ein Waffenstillstand ist unbedingt notwendig. Dieser muss aber auch mit Bemühungen verbunden werden, die Belagerung des Gaza-Streifens zu lockern, um die Situation wieder befrieden zu können.

Was halten Sie von der Forderung der Arabischen Liga, eine Flugverbotszone über dem Gaza-Streifen zu verhängen?

Das halte ich für angebracht. Wir brauchen eine internationale Einmischung, um die Zivilbevölkerung vor militärischen Angriffen zu schützen. Ein Flugverbot wäre dabei aber nur ein Aspekt. Denn israelische Militäraktionen werden auch mit Panzern und Infanterie durchgeführt. Auch vom Meer aus werden palästinensische Gebiete beschossen. Der Schutz der Bevölkerung darf sich nicht nur auf Gaza beziehen, sondern muss auf die Westbank ausgeweitet werden. Denn auch hier sind Palästinenser den Schikanen durch israelische Bodenkräfte ausgesetzt.

Israel begründet seine Militäraktionen damit, seine Bevölkerung vor Angriffen aus dem Gaza-Streifen schützen zu wollen.

Das Vorgehen der israelischen Armee ist jedoch unverhältnismäßig. Im Gaza-Krieg 2008/2009 wurden 1400 Bewohner des Gaza-Streifens getötet und 5000 Menschen verletzt. Die Vereinten Nationen haben bestätigt, dass 90 Prozent der Opfer Zivilisten waren. Dagegen hatten die Israelis 14 Tote zu beklagen, darunter vier Zivilisten. Auch im derzeitigen Gaza-Konflikt wurden keine Israeli getötet, aber 18 Palästinenser. Die Israelis begründen ihren massiven Militäreinsatz mit Abschreckung. Die Folge ist eine Terrorisierung der Zivilbevölkerung. Viele Bauern in Gaza dürfen nicht arbeiten, weil sie ständig unter der Bedrohung stehen, beschossen zu werden. Auch zahlreiche Fischer werden daran gehindert, in weiten Teilen der palästinensischen Hoheitsgewässer zu fischen. Diese Menschen sind in ihrer Existenz bedroht.

Stehen einer friedlichen Lösung nicht sowohl die Hardliner-Politik der Rechtsregierung in Israel als auch die im Gaza-Streifen regierende Hamas, die Israel nicht anerkennen will,



entgegen?

Nach den Gesprächen von 2005 in Kairo und in dem gemeinsamen Papier der Regierung der Nationalen Allianz hat Hamas einer Zwei-Staaten-Lösung in den Grenzen von 1967 mit der Hauptstadt Jerusalem zugestimmt. Das größte Hindernis für den Friedensprozess sehe ich dagegen auf Seiten der derzeitigen israelischen Regierung, die in Allianz mit den Siedlern jegliche Verhandlungen blockiert.

Wie sind die Beziehungen Ihrer Partei, der DFLP, zu Hamas und Fatah?

Wir waren Teil der Regierung der Nationalen Allianz 2007 und hatten gehofft, dass daraus eine Regierung der Nationalen Einheit entstehen könnte. Wir sind gegen die Spaltung von Hamas und Fatah, die im Juni 2007 auch durch militärische Operationen erzwungen wurde. Wir haben seitdem eine Reihe von Initiativen ergriffen, um die nationale Einheit wiederherzustellen. Durch Demonstrationen und Streiks konnte Druck ausgeübt werden, um alle wieder an einen Tisch zu bringen, bis dies tatsächlich im Februar 2009 zustande kam.

Nehmen wir den Fall an, die DFLP nimmt wieder an einer Regierung, die von Fatah und Hamas dominiert wird, teil. Inwieweit gibt es in einer solchen Regierung Perspektiven für die sozialistischen Ziele der DFLP?

Das erste Ziel einer solchen Regierung müsste die Vorbereitung von Wahlen sein. Wir brauchen eine Erneuerung auf demokratischer Basis. Und eine gewählte Regierung ist demokratisch legitimiert. Dann wäre ein Plan möglich, um die Besatzung zu beenden und einen palästinensischen Staat zu gründen. Die Demokratische Front setzt sich dabei für Demokratie und Unabhängigkeit sowie für die Bewahrung der Rechte und Interessen der arbeitenden Menschen in ihrem Kampf um bessere Daseinsbedingungen ein.

Welche Perspektiven sehen Sie durch die Demokratiebewegungen in der arabischen Welt für die Palästinenser?

Wir haben uns von Anfang an neben anderen linken Gruppen mit der Jugendbewegung in Ägypten und mit den Bewegungen der arabischen Völker für Demokratie und Menschenrechte solidarisiert. Ich glaube, dass diese einen positiven Einfluss auf den Kampf des palästinensischen Volkes für eine gerechte Lösung der palästinensischen Frage haben werden. Wir brauchen mehr Demokratie, also mehr Beteiligung der Menschen am politischen Geschehen. Ich bin überzeugt, dass Regierungen in der arabischen Welt, die stärker in der Bevölkerung verankert sind, auch stärker für die Rechte der Palästinenser eintreten werden, als das bei den autokratischen Regimes der Fall gewesen ist.

Auch in den palästinensischen Autonomiegebieten gab es in den vergangenen Wochen Demonstrationen. Diese scheinen sich aber nicht gegen die herrschenden Fatah oder Hamas zu richten, sondern vielmehr für die Einheit dieser Parteien.

Das ist richtig. Und wir haben den Eindruck, dass diese Bewegung immer stärker wird. Wir erwarten auf diesem Weg, dass alle Beteiligten sich zur Einheit bekennen und der Demokratisierungsprozess der palästinensischen Gesellschaft voranschreitet.



Neues Deutschland (Kommentar)

Von Aert van Riel

Ungeklärte Fragen

Vielen Diplomaten gilt die Zwei-Staaten-Lösung als Grundvoraussetzung für eine Befriedung im Nahen Osten. Doch auch wenn die Palästinenser im Herbst ihren eigenen Staat in den Grenzen von 1967 mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt ausrufen sollten, bedeutet dies noch lange nicht, dass damit der vielschichtige Nahostkonflikt gelöst wäre. Denn einige Streitfragen zwischen Israelis und Palästinensern würden auch weiterhin ungeklärt bleiben. Vor allem die nach dem Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge auf israelisches Territorium. Dies ist für die Hamas, die einen großen Teil der Palästinenser hinter sich weiß, eine Voraussetzung für die Akzeptanz eines israelischen Staates und könnte deswegen womöglich zur Entspannung des militärisch ausgetragenen Konflikts zwischen der islamistischen Partei und Israel beitragen. Israel wiederum fürchtet bei einer Rückkehr der Flüchtlinge um seine jüdische Identität und lehnt diese deswegen vehement ab.

Außerdem dürften die Spannungen zwischen Israel und einigen Staaten in der Region allein durch die Gründung eines Palästinenserstaates kaum überwunden werden. Beispielsweise hätte dies keinerlei Auswirkungen auf den Konflikt um das iranische Atomprogramm, wodurch sich Israel massiv bedroht fühlt und deshalb militärische Operationen gegen Iran durchaus als Option sieht. Zudem haben von den sechs am Palästinakrieg 1948/1949 beteiligten arabischen Staaten bisher lediglich Ägypten und Jordanien Frieden mit Israel geschlossen. Schlechte Voraussetzungen also für eine friedliche Koexistenz eines palästinensischen und eines israelischen Staates.

(abgeschlossen 10:30 Uhr)